



Jahreswirtschaftsbericht Vietnam 2006

I. Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftslage	1
1. Kurzcharakterisierung	1
2. Struktur der Wirtschaft	2
3. Wirtschaftsklima	3
4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft	4
4.1. ASEAN	4
4.2. WTO	4
4.3. Beziehungen zur EU	5
4.4. Handelspartner Deutschland	5
4.5. Auslandsinvestitionen	6
5. Wirtschaftsentwicklung	7
II. Wirtschaftspolitik	9
1. Fiskalpolitik	9
2. Geldpolitik	9
3. Strukturpolitik	10
III. Zusammenfassende Bewertung	11

I. Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftslage

1. Kurzcharakterisierung

Nach der Wiedervereinigung Süd- und Nordvietnams im Jahre 1975 hat sich das Land 10 Jahre lang an einer zentralen Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild versucht, dessen Scheitern spätestens Anfang der 80er Jahre unübersehbar wurde: Geringe Produktivität, eine galoppierende Inflation und Nullwachstum hatten die Abhängigkeit Vietnams von fremder Hilfe in einem Maße ansteigen lassen, dass die Regierung zu einem Umsteuern keine Alternative sah.

1986 wurde die wirtschaftliche Öffnungspolitik („Doi Moi“) eingeleitet, mit der Vietnam den Weg von einer sozialistischen Kommandowirtschaft zu einer Marktwirtschaft mit sozialistischer Ausrichtung beschritten hat. Von niedrigem Niveau spät gestartet, hat das Land daraufhin einen fulminanten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Die Kommunistische Partei hat erkannt, dass sie ihre Legitimität aus dem Erfolg der Reformpolitik bezieht: Nur wenn es gelingt, dafür zu sorgen, dass der Wohlstand der (überwiegend jungen und an Politik nur wenig interessierten) Menschen wächst, sind soziale und politische Stabilität Vietnams auch künftig gewährleistet. Die Regierung setzt daher auf eine Stärkung der Binnennachfrage, Förderung des Privatsektors, Steigerung der Exporterlöse sowie hohe ausländische Direktinvestitionen und investiert massiv in die sozioökonomische Entwicklung des Landes.

Der Umfang an ins Land fließenden **ausländischen indirekten Investitionen** (Foreign Indirect Investment) hat besorgniserregende Ausmaße angenommen: Das Kapitalvolumen des Börsenmarkts

beträgt inzwischen 38% des Bruttoinlandsprodukts. Die sich aus der „Dollarisierung“ ergebenden Gefahren für die vietnamesische Volkswirtschaft sind groß (siehe II.2).

Die **ausländischen Direktinvestitionen** haben 2006 die „magische Marke“ von 10 Mrd. USD fast erreicht: Letztlich wurden 9,9 Mrd. USD investiert, was ggü. 2005 einer Steigerung von stolzen 45% entspricht.

Das **Wirtschaftswachstum** betrug 2006 robuste 8,2 % (nach 8,4% im Vorjahr). Das **Bruttoinlandsprodukt** des 85-Millionen-Volks kletterte nach offiziellen Angaben auf 60 Mrd. USD, das **Pro-Kopf-Einkommen** auf 713 USD (2006: 640 USD). Die **Preissteigerung** konnte 2006 mit 6,6% unter Kontrolle gehalten werden.

Ein großes Problem stellt die „**Privatisierung**“ (vietnamesische Reformer bevorzugen den ideologisch unbelasteten Begriff „Equitisierung“) staatseigener Betriebe dar: Während auf früheren Parteitagen beschlossen wurde, die Privatisierung der staatseigenen Betriebe bis spätestens 2005 abzuschließen, wird dieses Ziel in der Realität nur halbherzig verfolgt. Mit dem am 11. Januar 2007 erfolgten **WTO-Beitritt** Vietnams dürfte der auf den Staatsunternehmen lastende Reformdruck aber steigen (siehe unten).

Seit Juli 2006 sind ein **neues Unternehmens-** und ein **neues Investitionsgesetz** in Kraft, mit denen Bürokratie abgebaut und das Investitionsklima verbessert wurden. Deutlich ist daraus die Absicht erkennbar, das Problem der stark unterschiedlichen Behandlung von staatlichen und privaten sowie ausländischen und einheimischen Unternehmen anzugehen. Allerdings führen widersprüchliche (Investitionsgesetz) bzw. noch gar nicht veröffentlichte (Unternehmensgesetz) Durchführungsbestimmungen zu Unsicherheiten bei der praktischen Umsetzung der neuen Vorschriften. Für potentielle ausländische Investoren erschwerend hinzu kommt die Schwäche potentieller vietnamesischer Partnerunternehmen (vgl. S. 3) sowie die Tatsache, dass der Erwerb von Privateigentum an Land nach wie vor nicht zugelassen ist.

2. Struktur der Wirtschaft

Vietnam ist weltweit größter Exporteur von Pfeffer, Nummer 2 bei Reis und Kaffee sowie drittgrößter Rohölexporteur in Südostasien. Weitere wichtige Sektoren sind Textilien, Schuhe und Meeresfrüchte.

Gemessen an der Beschäftigung, ist Vietnam weiterhin ein Agrarland. Die **Landwirtschaft** trägt zwar nurmehr 18% (Vorjahr 21%) zum Bruttoinlandsprodukt bei, doch sind im Agrarbereich, in der Forst- und in der Fischereiwirtschaft noch immer 65% der Bevölkerung tätig.

Der Beitrag des **Industriesektors** zum Bruttoinlandsprodukt ist 2006 auf 45% gestiegen. Relativ breit diversifiziert, ist die Industrie in den Subsektoren Stahl, Textilien, Schuhwaren, Zement und Automobilmontage besonders ausgeprägt. Die Fertigung von Textilien und Bekleidung bleibt eine zentrale Säule. In der stark exportorientierten Schuhindustrie war 2006 die Verhängung von Anti-dumping-Strafzöllen durch die Europäische Kommission das zentrale Thema (s. 4.3).

Der Anteil des **Dienstleistungssektors** am Bruttoinlandsprodukt beträgt 37%. Dienstleistungen werden vielfach auch von der offiziell nicht erfassten Schattenwirtschaft (informeller Sektor) erbracht. Insbesondere der Tourismus nimmt an Bedeutung zu (s. II 3.). Andere Dienstleistungsbereiche sind nur von untergeordneter Bedeutung, Banken und Finanzdienstleistungen tragen unter 2% zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Nach wie vor bilden die **Staatsunternehmen** den substantiellen Teil der Wirtschaft: Sie erbringen 40% des industriellen Outputs und 35% aller Exporte. Als sensibel definierte Sektoren wie Rundfunk, Presse, Elektrizität oder Ölförderung sind ausschließlich Staatsunternehmen zugänglich. Die **Privatisierung** der insgesamt 5.600 staatseigenen Betriebe wurde durch einen Beschluss des Premierministers vom Mai 1990 ausgelöst. Während bis 1998 von einer Umsetzung dieser Weisung

keine Rede sein konnte, sind inzwischen immerhin gut 3.000 (überwiegend kleine) Betriebe „equitisiert“¹ worden. Allerdings verläuft der Privatisierungsprozess nach wie vor schleppend und halbherzig. Nicht nur blieben die „schweren Brocken“ bis dato ausgespart, sondern es drängt sich auch der Eindruck fehlender Konsequenz auf: Bei den 3.000 bisher reformierten Betrieben stehen durchschnittlich nur 30% der Betriebsanteile nicht mehr unter staatliche Kontrolle, während die verbleibenden 70% weiterhin vom Staat gehalten werden. Die staatseigenen Betriebe werden demnach zwar reformiert, ihr Kapital verbleibt hingegen mehrheitlich in Staatsbesitz. Die Regierung begründet ihr vorsichtiges Taktieren bei der Unternehmensprivatisierung damit, dass man Fehlentwicklungen wie in Russland verhindern wolle. Ausländische Investoren überzeugt dies kaum, ihr Interesse an derlei „Reformbetrieben“ hält sich in Grenzen. Positiv zu vermerken ist die – glaubhaft versicherte - feste Absicht der vietnamesischen Regierung, in naher Zukunft auch profitable Großbetriebe zu equitieren. Erster Kandidat soll 2007 die Vietcombank sein.

Die zahlreichen **privaten Kleinbetriebe** Vietnams gelten als nur eingeschränkt international wettbewerbsfähig, was das Interesse ausländischer Investoren an Joint Ventures naturgemäß beeinträchtigt. Die fortschreitende wirtschaftliche Öffnung (WTO-Beitritt) wird viele Betriebe in ihrer Existenz bedrohen, was im wesentlichen an den folgenden Gründen liegt:

- Kapitalschwäche: Laut offizieller Statistik sind in Vietnam rund 75.000 Betriebe registriert. Insgesamt verfügen diese über ein Gesamtkapital von 90 Mrd. Euro (das größtenteils von Staatsbetrieben gehalten wird). Freien Marktbedingungen und internationaler Konkurrenz ausgesetzt, erscheinen die meisten vietnamesischen Betriebe kaum überlebensfähig.
- Kosten: Angesichts niedriger Lohnkosten scheint in Vietnam eine sehr kostengünstige Produktion möglich. Doch ist zu berücksichtigen, dass dieser komparative Vorteil durch – im regionalen Vergleich überdurchschnittlich hohe - Kosten für Logistik (Telefon, Transporte, Flüge) und Produktion (Elektrizität, Mieten, Wartungskosten für überalterte Maschinenparks) aufgezehrt wird. Hinzu kommt das wegen Korruption und Bürokratie schwierige Geschäftsumfeld.
- Niedriger Ausbildungsstand: Das Ausbildungsniveau liegt in Vietnam weit unter Weltdurchschnitt: 83% der vietnamesischen Arbeiter haben keine berufliche Ausbildung. Besonders ausgeprägt ist das Defizit an Spitzenkräften.
- Marketingschwäche: Werbung und Marktforschung sind für die meisten vietnamesischen Unternehmen Fremdworte. Auch die Notwendigkeit des Besuchs internationaler Messen und die Investition in Forschung/Entwicklung wird nur selten gesehen. So besteht die Gefahr, dass am Bedarf vorbeiproduziert wird und aktuelle Trends verpasst werden.

3. Wirtschaftsklima

Die Weltbank lobt seit Jahren die entwicklungsorientierte Regierungsführung, auch vom Internationalen Währungsfonds wird das kluge makroökonomische Management Vietnams positiv gewürdigt. Die überwiegend junge Bevölkerung – über die Hälfte der Menschen sind unter 24 Jahren alt – ist leistungsorientiert und lernwillig.

Grundsätzlich sind die Aussichten für eine Fortsetzung des dynamischen Wachstums günstig. Auch wenn die statistischen Erhebungsmethoden nicht unumstritten sind, lag das **Wirtschaftswachstum** in den letzten drei Jahren doch robust über 7% und betrug offiziellen Angaben zufolge zuletzt 8,2% (zum Vergleich: 2005 8,4%, 2004 7,7%).

¹ „Equitisierung“: Veräußerung von staatseigenen Betrieben oder Betriebsteilen, sei es real oder mittels Anteilscheinen

Zwar bleibt Vietnam mit einem **Pro-Kopf-Einkommen** von 713 USD eines der ärmeren Länder Südostasiens. Aber das Ziel, bis 2010 die 1.000 USD-Schwelle zu überschreiten und in die Gruppe der „Middle-Income Countries“ aufzusteigen, scheint angesichts des robusten Wachstums erreichbar. Überdeckt werden beeindruckende Wachstumsraten allerdings durch Probleme struktureller Art: Unzureichende rechtsstaatliche Strukturen, Bürokratie und Korruption, steigende Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land, wachsende Unzufriedenheit unter den Arbeitern (einschließlich wilder Streiks), und ein zerstörerischer Umgang mit Umwelt und natürlichen Ressourcen sind Problemfelder, denen sich die Regierung in Zukunft verstärkt wird zuwenden müssen.

4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft

4.1. ASEAN: Verstärkte Integration aus Einsicht in die Notwendigkeit

Vietnam ist Mitglied in sämtlichen wichtigen internationalen Wirtschaftsorganisationen, darunter WTO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, ASEAN (Association of South East Asian Nations), AFTA (Asia Free Trade Area) und APEC (Asia Pacific Economic Conference).

Im November 2006 war Vietnam Gastgeber des **APEC**-Gipfeltreffens, zu dem 18 Staats- und Regierungschefs (unter Ihnen die Präsidenten Bush, Putin und Jintao) angereist waren. Die erfolgreiche Durchführung von APEC 2006 bedeutete für Vietnam Prestigezugewinn und politische Aufwertung. Hauptthema des Gipfels war die Förderung des Freihandels, wobei der Wille zur Fortführung der Doha-Runde (samt Kompromissbereitschaft in strittigen Bereichen) deutlich wurde. Die Diskussion des Mammutprojekts "Asien-Pazifik Freihandelszone" wurde auf APEC 2007 verschoben.

Eine zunehmend aktive Rolle spielt Vietnam innerhalb des **ASEAN**-Verbunds, in dem eine Gesamtbevölkerung von 560 Mio. Einwohnern (mehr als in der EU-27) leben und der ein jährliches BIP von 800 Mrd. USD erwirtschaftet. Die 10 ASEAN-Mitglieder Vietnam, Laos, Kambodscha, Thailand, Indonesien, Malaysia, Singapur, Philippinen, Brunei und Burma/Myanmar haben sich darauf verständigt, die regionale Integration entschlossen voranzutreiben. Bis zum Jahre 2015 soll eine „Asean Economic Community“ entstehen, die das Ziel verfolgt, einen der EU ähnlichen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen. Begleitet werden soll das Ganze von einer „ASEAN Charta“, mit der die „Corporate Identity“ von ASEAN gestärkt werden soll. Einer der Gründe für den Integrationsdruck ist die Befürchtung der ASEAN-Länder, angesichts des internationalen Wettbewerbs um ausländische Investitionen ins Hintertreffen zu geraten. Die Einsicht, gegen Konkurrenten wie China, Indien, Japan oder Südkorea nur im Verbund bestehen zu können, hat sich durchgesetzt. Die wirtschaftliche Harmonisierung innerhalb ASEAN wird sich angesichts großer Unterschiede im Entwicklungsniveau allerdings alles andere als einfach gestalten.

Bei alledem versucht die EU, eine beratende Rolle einzunehmen und die EU-ASEAN-Beziehungen weiter zu intensivieren. Deutlich sichtbar wurde dieses EU-Bemühen, das von ASEAN erwidert wird, auf dem von der deutschen EU-Präsidentschaft organisierten EU-ASEAN-Außenministertreffen in Nürnberg (15. März 2007).

4.2. WTO: Vietnam endlich dabei

Nach 11 Jahren Verhandlungen mit insgesamt 14 multilateralen Verhandlungsrunden konnten die Beitrittsverhandlungen mit der **Welthandelsorganisation (WTO)** im Oktober 2006 erfolgreich abgeschlossen werden. Seit dem 7. Januar 2007 ist Vietnam offiziell 150. WTO-Mitglied. Damit verpflichtet sich das Land zu Nichtdiskriminierung, verbesserter Transparenz (auch und besonders bei Staatsunternehmen), Abbau von Handelshemmnissen, Abschaffung bestehender Quoten sowie zum Schutz geistigen Eigentums. Zahlreiche Experten vermuten, dass Vietnam Mühe haben wird, diesen Verpflichtungen während der vereinbarten Übergangsfristen nachzukommen. Die internationale Gebergemeinschaft hat sich daher bereit erklärt, Vietnam durch umfangreiche technische Hilfe (Ca-

capacity Building, insbesondere Beratung und Aus-/Weiterbildung) auf dem steinigen Weg zu WTO-Konformität zu begleiten.

4.3. Beziehungen zur EU: Aufwertung durch Masterplan und (geplantem) Freihandelsabkommen

Mit der **Europäischen Union** unterhält Vietnam seit dem Abschluss des Kooperationsabkommens 1995 enge Beziehungen. Mit einem Handelsvolumen von 10 (Vorjahr 9,1) Mrd. USD war die EU 2006 Vietnams zweitgrößter Handelspartner hinter China (die nach Handelspartnern aufgeschlüsselten Handelszahlen finden sich in Abschnitt 5). In absoluten Zahlen hat Vietnam Waren im Wert von 6,8 (Vorjahr 6,4) Mrd. USD in die EU exportiert. Dem stehen Importe aus den EU-Ländern in Höhe von 3,2 (Vorjahr 2,7) Mrd. USD gegenüber. Während Vietnam für Handelstreibende aus China vor allem als Exportmarkt von Nutzen ist (von keinem Land bezieht Vietnam mehr Waren als vom großen nördlichen Nachbarn), wirkt sich der Handel mit der EU demnach positiv auf die vietnamesische Leistungsbilanz aus.

Als erster Partner hat die EU bereits im Oktober 2004 ein bilaterales WTO-Abkommen unterzeichnet. Einen Teil des hierdurch gewonnenen Ansehens hat die EU durch die Einleitung eines Anti-Dumping-Verfahrens gegen Schuhimporte im Frühjahr 2006 allerdings wieder verspielt. Die Tatsache, dass die vietnamesischen Schuhimporte in die EU seit Verhängung der (vorläufigen) Strafzölle im April 2006 um 21% gestiegen sind, vermochte die vietnamesische Verärgerung über die als unfaire Abschottung empfundene Maßnahme nicht zu lindern.

2005 hat die vietnamesische Regierung einen „**Masterplan**“ für die weitere Entwicklung der (zuvor erst Handels-) Beziehungen mit der EU verabschiedet. Die bilateralen Beziehungen haben hierdurch eine spürbare Aufwertung erfahren, ist die EU doch der erste Partner, dem Vietnam einen eigenen Masterplan widmet (China und USA sollen folgen). Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen EU und ASEAN-Ländern (unter ihnen Vietnam) über ein **Freihandelsabkommen** sollen in Kürze beginnen. Damit verbunden sein wird der Abschluss eines **Partnerschafts- und Kooperationsabkommens**.

Im Juni 2004 hat Vietnam in Brüssel den Antrag auf Erteilung des „**Marktwirtschaftsstatus**“ gestellt, der für Untersuchungen im Zusammenhang mit handelspolitischen Schutzmaßnahmen (Anti-dumping oder Antisubvention) von Bedeutung ist. In einem Zwischenbericht vom Oktober 2006 hat die EU-Kommission Vietnam bemerkenswerte Fortschritte auf dem Weg von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft bescheinigt. Gleichzeitig wurde aber deutlich gemacht, dass eine Gewährung des begehrten Status gegenwärtig nicht infrage kommt. Als wesentliche Hinderungsgründe wurden der (zu) große Staatseinfluss, ein schwacher Finanzsektor sowie Defizite in den Bereichen Rechtssicherheit und Schutz des geistigen Eigentums genannt. Die 2006 von der EU-Kommission und der Regierung eingerichtete gemeinsame Arbeitsgruppe, die Vietnam bei der Beseitigung dieser Markthindernisse unterstützt, hat erstmalig im März 2007 in Hanoi getagt.

4.4. Handelspartner Deutschland: Gute Aussichten, nicht nur für Maschinenbauer

Deutschland hat sich auch 2006 als **größter Handelspartner Vietnams in der EU** behaupten können: Bei den Ausfuhren nach Vietnam nimmt Deutschland insgesamt zwar „nur“ Rang 13 ein (1. China, 2. Singapur, 3. Taiwan), steht unter den EU-Mitgliedstaaten aber gleichwohl weiterhin an der Spitze. Betrachtet man die vietnamesischen Ausfuhren, nimmt Deutschland - hinter den USA, Japan, Australien, China und Singapur - derzeit Rang 6 ein (Details siehe unten 5). Wichtigste vietnamesische Exportprodukte nach Deutschland sind Schuhe, Bekleidung und Kaffee. Umgekehrt sind es vor allem Maschinen, die das Gros der deutschen Exporte nach Vietnam ausmachen.

Deutschland stellt sowohl für vietnamesischen Kaffee wie auch für Pfeffer den weltweit größten Absatzmarkt dar. Umgekehrt ist es für deutsche Firmen von Interesse, dass die vietnamesischen

Maschinenimporte 2006 um 17% auf insgesamt 6,5 Mrd. USD gestiegen sind. Bereits heute ist Deutschland - hinter Japan, China und Taiwan – Vietnams viertgrößter Maschinenlieferant (Volumen 2006: 562 Mio. USD). Gemäß Plan will Vietnam bis zum Jahre 2020 „Industrieland“ werden. Wegen des daraus entstehenden Industrialisierungsdrucks, der durch den WTO-Beitritt weiter verstärkt wird, steht auch für künftige Jahre ein großer Bedarf an modernen Maschinen zu erwarten. Hiervon dürften deutsche Maschinenhersteller überdurchschnittlich profitieren, da auch in Vietnam das Qualitätsbewusstsein wächst und Produkte „made in Germany“ über einen ausgesprochen guten Ruf verfügen.

Unser Bemühen, deutsche Unternehmensinteressen bei sog. „**Leuchtturmprojekten**“ stärker zur Geltung zu bringen, hält an. Größtes geplantes Projekt ist der Bau einer U-Bahn für Ho-Chi-Minh-Stadt, dessen Finanzierung aber nach wie vor ungeklärt ist. Weitere Großprojekte, bei denen deutsche Beteiligung in Aussicht steht, sind die Errichtung / der Betrieb des neuen Flughafens in Ho-Chi-Minh-Stadt sowie die geplanten Neubauten des Parlamentsgebäudes, des Hanoi Museums und des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit.

Bis August 2006 hat der **Delegierte der Deutschen Wirtschaft** Vietnam von Hanoi aus betreut. Aufgrund der starken Präsenz deutscher Unternehmen im Süden des Landes, operiert der (neue) Delegierte seit September 2006 von Ho Chi Minh Stadt aus (das Büro in Hanoi blieb als Außenstelle erhalten). Dort haben DIHK/AHK und Deutsche Kaufmannschaft eine Bürogemeinschaft eingerichtet.

4.5. Auslandsinvestitionen: Neue Gesetze harren der Umsetzung

Insgesamt flossen 2006 9,9 Mrd. USD an **ausländischen Direktinvestitionen** nach Vietnam, was ggü. 2006 eine Steigerung um beachtliche 45% bedeutet. Unter den ausländischen Investoren nimmt Südkorea mit deutlichem Vorsprung Platz 1 ein (2,4 Mrd. USD), gefolgt von Hongkong (1,1 Mrd. USD) und Japan (1 Mrd. USD). Die EU liegt mit Gesamtinvestitionen in Höhe von ca. 275 Mio. USD auf Platz 8, Deutschland für sich allein genommen auf Platz 21 (22 Mio. USD, entspricht Rang 5 unter den EU-Mitgliedstaaten). Allerdings werden wichtige deutsche Investitionen aufgrund internationaler Konzernverflechtungen nicht immer Deutschland zugeschrieben, so etwa die 8 Metro-Großhandelsmärkte. Dennoch: Im Hinblick auf deutsche Investitionen sehen vietnamesische Gesprächspartner – zu Recht – noch großes Steigerungspotential. Dem vorausgehen müsste auf vietnamesischer Seite allerdings eine Erledigung der „Hausaufgaben“, d.h. eine Verbesserung der Rechtssicherheit sowie eine unzweideutige Definition der Rahmenbedingungen, innerhalb derer ausländische Unternehmen in Vietnam investieren können.

Die beiden hierfür zentralen Gesetze, das **Neue Unternehmens-** sowie das **Investitionsgesetz**, sind zum 1.7.2006 formal in Kraft getreten. Während ersteres die verschiedenen Rechtsformen (Repräsentanzbüro, Joint Venture, Zweigniederlassung [*branch*], 100%-iger Auslandsbesitz) definiert, regelt letzteres die Genehmigungsvoraussetzungen für in- und ausländische Investitionsprojekte. Allerdings besteht nach wie vor Unklarheit über die praktische Anwendung / Auslegung, da die hierfür maßgeblichen Durchführungsbestimmungen entweder noch nicht vorliegen (Unternehmensgesetz) oder offensichtlich unausgereift sind: So wurden die Durchführungsbestimmungen für Investitionsgesetz zwar Ende Oktober 2006 erlassen, enthalten aber Passagen, die ganz offensichtlich im Widerspruch zu (seit Januar 2007 auch von Vietnam zu beachtendem) WTO-Recht stehen: So dürfte die Regelung, wonach auslandsinvestierte Unternehmen in den Bereichen Handel, Import und Export Beschränkungen unterliegen, die auf inlandsinvestierte Unternehmen keine Anwendung finden, schwerlich WTO-konform sein. Festzuhalten bleibt gleichwohl, dass die neuen Gesetze grundsätzlich in die richtige Richtung weisen, da das Bemühen feststellbar ist, ausländischen Investoren eine Entscheidung pro-Vietnam zu erleichtern. Weitgehende Gleichbehandlung von In- und Ausländern, Abbau von Bürokratie, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, erleichterter Erwerb von Landnutzungsrechten und die Möglichkeit der Gründung von Zweigniederlassungen zei-

gen, dass Vietnam an der Politik der wirtschaftlichen Öffnung festhält und ausländische Investoren verstärkt zu umwerben beabsichtigt.

5. Wirtschaftsentwicklung

Die positive Wachstumsentwicklung der vietnamesischen Wirtschaft hielt auch 2006 an: Nach offiziellen Angaben wuchs das **Bruttoinlandsprodukt** 2006 um 8,2% (Vorjahr: 8,4%). Diese Wachstumsrate wird in der Region lediglich von China übertroffen. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass das Wachstum in Vietnam vor allem durch Auslandsinvestitionen - und weniger durch Fortschritt / Produktivitätssteigerungen – beschleunigt wird.

Die **Exporte** stiegen 2006 auf 39,8 Mrd. USD (+22%), werden aber weiterhin von Produkten mit geringer Wertschöpfung im Land getragen. Die **Importe** sind auf 44,9 Mrd. USD angewachsen (+20%). Aufgeschlüsselt nach Handelspartnern, stellte sich die Situation 2006 wie folgt dar:

IMPORTE:

Platz	importiert aus	Volumen in 1.000 USD
1	China	7.390
2	Singapur	6.270
3	Japan	4.700
4	Korea	3.870
5	EU-27	3.200
6	USA	980

EXPORTE:

Platz	exportiert nach	Volumen in 1.000 USD
1	USA	7.820
2	EU-27	6.800
3	Japan	5.230
4	Australien	3.650
5	China	3.030
6	Singapur	1.630
7	Deutschland	1.445

HANDELSVOLUMEN

Platz	Handelspartner	Volumen in 1.000 USD
1	China	10.420
2	EU-27	10.000
3	Japan	9.930
4	USA	8.810
5	Korea	4.710
6	Singapur	7.900
7	Australien	4.750

Wichtigste **Exportprodukte** Vietnams sind

- Rohöl: 8,3 Mrd. USD entsprechen ggü. 2006 einem Plus von 12,9%. Vietnam bleibt drittgrößter Rohölexporteur in Südostasien;
- Textilien: 5,8 Mrd. USD, +20%;
- Schuhe: 3,6 Mrd. USD, was – trotz der im April 2006 von der EU gegen Schuhimporte aus Vietnam verhängten Antidumpingzölle i.H.v. 10% - eine Steigerung von 17% bedeutet;
- Fisch / Meeresfrüchte: 3,4 Mrd. USD;
- Mehr als eine Mrd. USD werden darüber hinaus noch durch den Export von Holzprodukten (1,9 Mrd. USD), Elektronik- und Computerkomponenten (1,8 Mrd. USD), Reis (1,3 Mrd. USD, Vietnam bleibt hinter Thailand zweitgrößter Reisexporteur der Welt) und Kaffee (1,1 Mrd. USD, hier ist Vietnam Nummer 2 hinter Brasilien) erbracht.

Die beiden mit Abstand wichtigsten **Importprodukte** Vietnams sind Maschinen (6,5 Mrd. USD) und Petroleum (5,8 Mrd. USD). Eine wichtige Rolle spielen darüber hinaus Vorerzeugnisse (insbes. für Bekleidung und Schuhe) sowie chemische Erzeugnisse.

Das vietnamesische **Leistungsbilanzdefizit** hat sich 2006 auf 5,1 Mrd. USD erhöht. Zur Finanzierung standen Vietnam auch 2006 hohe Zuflüsse an internationaler Entwicklungshilfe zur Verfügung. 2006 haben die Geber eine Rekordzusage von 3,7 Mrd. USD gegeben. Traditionell noch höher als die *Official Development Assistance* (ODA) sind Überweisungen der 2,7 Mio. im Ausland lebenden „Viet-Kieu“: Hier sind 2006 Zuflüsse in Rekordhöhe (4,8 Mrd. USD) nach Vietnam geflossen – wobei zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei um deklarierte Kapitaltransfers handelt und darüber hinaus Mittel in schwer zu schätzender Höhe bar eingeführt werden. Vor diesem Hintergrund darf die Leistungsbilanzsituation als komfortabel bezeichnet werden.

Die Regierung lässt verlauten, dass sie in wenigen Jahren eine ausgeglichene Leistungsbilanz anstrebt – ein Ziel, das nicht unerreichbar scheint: Durch die 2009 geplante Inbetriebnahme der ersten, seit 2005 in Bau befindlichen Raffinerie in Dung Quat, wird Vietnam bald nicht mehr nur Rohöl, sondern verarbeitete Ölprodukte exportieren. Auf die Leistungsbilanz wird sich Rückgang des Importbedarfs für veredelte Ölprodukte sicher positiv auswirken.

Gemäß neuem **Fünfjahresplan** („Socio-Economic Development Plan for the Five Year Period 2006-2010“) soll Vietnam bis 2020 ein modernes Industrieland werden. Dies soll vor allem über anhaltend hohes Wirtschaftswachstum (Ziel: zwischen 8 und 8,5%) erreicht werden. Von daher ist es wenig erstaunlich, dass die Bekämpfung der **Preissteigerung** nicht Priorität der Staatsbank darstellt. Dennoch blieb die Inflationsrate 2006 mit 6,6% unter der Anfang des Jahres ausgegebenen Zielgröße von 7% (und deutlich unter den 8,4% aus dem Vorjahr). Allerdings dürfte der Inflationsdruck 2007 deutlich zunehmen, da die Regierung eine Kürzung der Subventionen für Kohle, Öl und Benzin beabsichtigt. Als Reaktion hat die Kohleindustrie eine Preiserhöhung um 20% angekündigt.

Die offiziellen Angaben zur **Arbeitslosigkeit** sind in Vietnam wenig vertrauenserweckend: Nach offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosigkeit in den Städten 5,0%. Da sich die Unterbeschäftigung in den ländlichen Regionen konzentriert (wo keine verlässliche Erhebungen stattfinden), ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

II. Wirtschaftspolitik

1. Fiskalpolitik

Die Staatseinnahmen stammen aus den 4 Quellen Steuern und Gebühren, Gewinne der staatseigenen Betriebe, Entwicklungshilfe und Kreditaufnahme. Die öffentlichen Einnahmen übertrafen aufgrund höherer Erlöse aus den Rohölexporten und mehr Steuerabführungen des Privatsektors die Erwartungen. Zugleich schlugen auf der Ausgabenseite die Subventionierung von Kohle, Öl und Benzin sowie die Erhöhung der Gehälter und Sozialversicherungsbeiträge für die Staatsbediensteten stärker zu Buche.

Während die Regierung weiterhin ehrgeizige öffentliche Investitionen beabsichtigt, um ihre Wachstumsziele zu erreichen – der Finanzbedarf zur Umsetzung des neuen 5-Jahresplans wird auf 140 Mrd. USD taxiert –, bleibt ihr Weg von großen fiskalpolitischen Risiken gesäumt: Schleppende Fortschritte bei der Umstrukturierung der Staatsunternehmen, darunter die Sanierung der staatlichen Geschäftsbanken und das ungezügelter Kreditwachstum, lassen eine Auftümmung weiterer uneinbringlicher Kredite und ungewisser Haftungsrisiken befürchten. Nach Angaben der Staatsbank beträgt der Anteil der uneinbringlichen Kredite am Bruttoinlandsprodukt 4,5 bis 5%. Die Weltbank schätzt ihren Anteil auf 11%, der Internationale Währungsfonds geht von 15% aus. Andere Experten sind jedoch der Ansicht, dass man von 30-40% ausgehen müsse, wenn internationale Accounting-Standards angewendet und alle überfälligen Anweisungskredite hinzugezählt würden.

Das **Haushaltsdefizit** betrug im abgelaufenen Jahr 1,8% des Bruttoinlandsprodukts. Damit blieb es – nach 1,5% im Jahr 2005 – erneut unter der laut IMF kritischen Schwelle von 2%.

2. Geldpolitik

Die Regierung hat in den letzten Jahren direkte Restriktionen abgebaut und den Übergang zu einer Steuerung der Geldpolitik durch indirekte monetäre Instrumente eingeleitet. Die **State Bank of Vietnam** verfügt heute über das geldpolitische Instrumentarium einer modernen Zentralbank. Die Erreichung der geldpolitischen Zielsetzungen wird in der Praxis dadurch erschwert, dass der State Bank zugleich eine Reihe von anderen, zum Teil konfligierenden wirtschaftspolitischen Aufgaben auferlegt sind (Förderung von Wirtschaftswachstum, Stabilität von Preisen, Währung und Finanzsektor).

Der Internationale Währungsfonds ist besorgt, dass die bisher ergriffenen monetären Maßnahmen nicht ausreichen, um wirksam die Liquidität zu begrenzen, das **Kreditwachstum** zu drosseln und die Inflation zu bekämpfen. Kontrolle über das galoppierende Kreditwachstum zu erlangen, will der Staatsbank nach wie vor nicht gelingen. Weiterhin sind die staatlichen Planer auf die Erzielung kurzfristiger Wachstumseffekte fokussiert. Der anhaltend hohen Nachfrage staatseigener Unternehmen nach Fremdkapital für Großprojekte - nicht selten von fragwürdiger Effizienz - hat die State Bank mangels Unabhängigkeit gegenüber der Regierung wenig entgegenzusetzen. Auch der Immobilienboom in den Städten und die steigenden Grundstückspreise treiben das Kreditwachstum an.

Mit großer Sorge wird von internationalen Wirtschaftsexperten die zunehmende „**Dollarisierung**“² Vietnams betrachtet: Der – schon seit geraumer Zeit anhaltende – starke Zustrom von ausländischen indirekten Investitionen (Foreign Indirect Investment, FII) droht durch den WTO-Beitritt in den Kapitalmarkt destabilisierendes Ausmaß anzunehmen. Da in Vietnam weder der Kapitalzufluss noch der –abfluss nennenswerten Beschränkungen unterliegt, kann konvertierte Fremdwährung

² In den Wirtschaftswissenschaften eigentlich definiert als die (per Gesetz herbeigeführte) Substitution der nationalen Währung durch den US-Dollar, die mit einem Verzicht auf eigenständige nationale Geldpolitik einhergeht. In Bezug auf Südostasien meint *Dollarisierung* den ungedrosselten Zustrom von ausländischen indirekten Investitionen, der nach herrschender Meinung die Asienkrise 1995 (mit)ausgelöst hat.

unbeschränkt zufließen, aber auch abrupt abströmen. Am Ende eines anhaltenden, ungebremsten Dollarabflusses droht - wie in der Asienkrise 1995 zu beobachten war - der Zusammenbruch des nationalen Bankensystems. Daher empfehlen renommierte Wirtschaftsexperten der vietnamesischen Regierung,

- a) entweder den Kapitalzufluss zu regulieren (z.B. über vom Investor bei der Staatsbank zu hinterlegende Reserven)
- b) oder den Kapitalabfluss zu konditionieren (z.B. Einführung eines Mindestzeitraums, ehe eine Rückkonvertierung in USD möglich ist bzw. Einführung einer Kapitalertragssteuer)
- c) oder eine Kombination aus beidem.

Natürlich wäre bei jeder staatlichen Intervention zu prüfen, ob diese WTO-konform ist. Im Falle Vietnams erscheint Wirtschaftsexperten eine Beschränkung des Kapitalverkehrs allerdings nicht trotz, sondern wegen des WTO-Beitritts unabdingbar.

Der **Finanzsektor** steht weitgehend unter staatlicher Kontrolle. 70% aller Kredite werden von den 5 großen Staatsbanken vergeben, wohingegen sich die 29 ausländischen Banken 15% der Kredite teilen (zum Bankensektor siehe auch unten 3.). Der Staat übt damit – trotz Wegfalls der Höchstzinsätze – starken Einfluss auf die Höhe der Zinsen aus. Kredite ohne jegliche Bezinsung (etwa an Staatsbetriebe) sind keine Seltenheit und stellen ein vom IWF scharf kritisierendes Wettbewerbshindernis dar. Strukturelle Mängel wie der hohe Anteil an uneinbringbaren Forderungen und die Kurzfristigkeit der Einlagenbasis hemmen die Fähigkeit inländischer Banken, Investitionen zu finanzieren. Wesentliche Funktionen – etwa Ersparnisse zu mobilisieren oder kleine und mittlere Unternehmen zu stützen – vermag der Finanzsektor in Vietnam nicht zu erfüllen.

Seit 2000 existiert eine **Börse** in Ho Chi Minh Stadt (mit 49 gelisteten Unternehmen), eine weitere wurde im März 2005 in Hanoi eröffnet (23 Titel).

Die vietnamesische **Währung**, der Dong (VND), ist eine der stabilsten Währungen der Region. Dass er nicht frei konvertierbar ist, rechnen Experten der Staatsbank als realistische Einschätzung dessen an, was bei dem Offenheitsgrad der vietnamesischen Wirtschaft möglich ist. 2006 wertete der VND um 0,6% gegenüber dem USD ab. Trotz der relativen Stabilität des VND pflegen die Vietnamesen hohe Rücklagen an USD und Gold zu halten.

3. Strukturpolitik

Eine der Hauptschwachstellen der vietnamesischen Volkswirtschaft und gleichzeitig eines der Haupthemmnisse für ausländische Investoren bleiben die **Banken**. Der vietnamesische Bankensektor besteht aus

- a) den fünf staatlichen Geschäftsbanken: Diese sollen nach den Plänen der Regierung bis 2010 „vorsichtig equitisiert“ werden (d.h. der Staat wird mindestens 51% der Anteile behalten). Die Vietcombank soll 2007 den Anfang machen. Gegenwärtig kontrollieren die 5 staatlichen Geschäftsbanken 70% des vietnamesischen Kapitalmarkts;
- b) den 37 ausländischen Joint-Venture-Banken, u.a. Deutsche Bank und Citibank;
- c) den Genossenschaftsbanken.

Mit dem WTO-Beitritt ist Vietnam die Verpflichtung eingegangen, ausländischen Banken vollen Zugang zum vietnamesischen Markt zu gewähren. Um dem gerecht zu werden, hat die Regierung 2006 einen Masterplan („Plan for the Development of Vietnam’s Banking Sector until 2010“) verabschiedet. Einiges deutet darauf hin, dass die Regierung tatsächlich entschlossen ist, die Reform des Bankensektors anzugehen: So soll die 2006 eingeleitete (Teil-) Privatisierung der staatlichen Vietcombank schon Ende 2007 abgeschlossen sein.

Der **Tourismus** ist für Vietnam ein wichtiger Devisenbringer mit anhaltend großem Wachstumspotential. 2006 sind insgesamt 3,6 Millionen Besucher nach Vietnam gekommen (+3,6%). Das vietnamesische Bemühen, die Attraktivität Vietnams für ausländische Besucher zu erhöhen, hält an. Die im 5-Jahresplan vorgesehene Steigerung der Besucherzahlen von 14% wurde 2006 allerdings deutlich verfehlt. Dafür verantwortlich zeichnen der starke Rückgang chinesischer Besucher (-28%), aber auch Hotelengpässe, insbesondere im Luxussegment. Trotz des Rückgangs stellen Chinesen nach wie vor die größte Gruppe ausländischer Besucher in Vietnam dar (2006: über eine halbe Million). Danach folgen Südkorea mit 421.000 Besuchern, gefolgt von US-Amerikanern (385.000) und Japanern (383.000). Aus Deutschland fanden 2006 ca. 90.000 Touristen den Weg nach Vietnam (+20%). Die höchsten Steigerungsraten 2006 weisen die Thais auf (42 % mehr Besucher als 2005), was auf verbesserte Flugverbindungen sowie die Attraktivität der Billig-Airline Air Asia zurückzuführen ist. Deutlich wird aber auch: Vietnams Ziel, eines der Hauptreiseländer Südostasiens zu werden, ist schwerer zu erreichen als per Plan verordnet. Infrastrukturprobleme (Hotelknappheit, fehlendes touristisches Umfeld, schlechte Straßenverhältnisse, kaum vorhandene Fremdsprachenkenntnisse, mangelnder Servicegedanke) fordern ihren Tribut. Insbesondere Thailand, mit seiner wesentlich besseren Infrastruktur und seinem überlegenen Preis-Leistungs-Verhältnis, ist Vietnam weit voraus.

III. Zusammenfassende Bewertung, Perspektiven

Wirtschaft, Bruttoinlandsprodukt, Pro-Kopf-Einkommen, Exporterlöse und ausländische Direktinvestitionen steigen. Kein Zweifel: Die makroökonomischen Grunddaten Vietnams stimmen.

Dennoch: Den Rückstand auf Länder wie China, Singapur oder Thailand kann Vietnam nicht verringern. Im Gegenteil: Während letztere ihr heimisches Investitionsklima verbessern, indem sie ihre rechtlichen Rahmenbedingungen überarbeiten und Bürokratie abbauen, scheint Vietnam zuletzt alle Kräfte auf den heißersehten WTO-Beitritt verwendet - und dabei das Reformtempo verlangsamt - zu haben. Nicht ohne Grund ist die Weltbank der Ansicht, dass das Investitionsklima in Vietnam stagniert: Gemäß „Doing Business Report 2007“ fiel Vietnam vom 98. auf den 104. Platz zurück, wofür mangelnde Rechtssicherheit und eine ausufernde Bürokratie hauptverantwortlich gemacht werden.

Nach einem über 11 Jahre dauernden Verhandlungsmarathon hat Vietnam im Januar 2007 den Beitritt zur WTO endlich unter Dach und Fach gebracht. Damit hat der Test für die Freihandelsfähigkeit des Landes allerdings gerade erst begonnen. Es bleibt zu hoffen, dass Vietnam die rasche Erfüllung der eingegangenen Reformzusagen als Chance begreift, das zuletzt seitens der internationalen Handelspartner und Investoren gezeigte Vertrauen zu bestätigen und zu verstetigen. Nur so kann das Land seinen Ruf als noch immer recht mühsamer, schwer durchschaubarer und zuweilen unzuverlässiger Partner ablegen und sich den Investoren und Händlern aus aller Welt als zwar noch nicht ganz ausgewachsener, aber zunehmend ernstzunehmender kleiner Tiger präsentieren.



Wirtschaftsdatenblatt

(Stand: März 2007)

Sozialistische Republik Vietnam	Jahr 2004	Jahr 2005	Jahr 2006
BIP insgesamt (in Mrd. USD)	44,1	52,8	60,0
Bevölkerung in Mio.	82,07	83,1	85,0
BIP pro Kopf der Bevölkerung (in USD)	537	640	713
Wachstum BIP real (in %)	7,7	8,4	8,2
Preissteigerungsrate (in %)	7,7	8,4	6,6
Einnahmen (in % des BIP)	23,3	21,3	21,0
Ausgaben (in % des BIP)	26,8	26,1	25,4
Saldo Staatshaushalt (in % des BIP)	- 5,6	- 4,8	- 4,4
Außenwirtschaft			
Importe (in Mrd. USD)	31,5	36,9	44,9
Exporte (in Mrd. USD)	26,0	32,2	39,8
Saldo Leistungsbilanz (in % des BIP)	- 4,4	- 4,4	5,1
Internationale Verschuldung (in Mrd. USD)	15,0	17,4	17,9
Schuldendienst (in Mrd. USD)	1,8	n.v.	n.v.
Zinsbelastung (in % der Exporte)			
Bilaterale Beziehungen			
Export nach Deutschland (in Mio. Euro)	1.346,6	1.383,1	1.445
Import aus Deutschland (in Mio. Euro)	771,2	547,6	914
Export in die EU (in Mio. Euro)	5.060	5.500	6.800
Import aus der EU (in Mio. Euro)	2.153	2.600	3.200
Akkumulierte Zusagen deutscher Direktinvestitionen (in Mio. USD)	253,6	343,5	365,5
davon realisierte deutsche Direktinvestitionen (in Mio. USD)	122,4	159,8	172,0
Investitionsschutzvertrag vom 03.04.1993			
Doppelbesteuerungsabkommen 16.11.1995			